

Merseburger Tageblatt

Verlagspreis für das Jahr durch die Postbefugte vom 1. d. M. monatl. 30 Pf. durch die Post bezogen beträgt 3 1/2 Mark monatl. ...

Kreisblatt

Abonnementspreis für die erste Monatsnummer 25 Pf. für sechs Monate 1 1/2 Mark ...

Zeitung für Stadt u.



Kreis Merseburg

Amtliches Anzeigblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden

Nr. 63.

Wittmoich, den 26. März 1919

159. Jahrgang.

Tageschronik

Die Sorgen der Pariser Vorfriedenskonferenz.
Die Lage in England bleibt ernst.
Asquith, Präsident des Völkerbundes?
Kardinal Mercier als Vorsitzender der westlichen Republik.
Ungarn im Kriegszustand.
Straßenkämpfe in Budapest.
70.000 Mann Bolschewiktruppen.
Freigabe der Bilderei in der Nordsee.
Waldgeheimkehr der deutschkriegsgefangenen

Was den Frieden erschwert.

Die Sorgen der Pariser Vorfriedenskonferenz.
In den Kreisen der Pariser Vorfriedenskonferenz betrachtet man die Budapest Ereignisse mit großer Besorgnis. Auch die Mitteilung über den Abschluss der italienischen Sozialisten an die kommunistischen Internationalen machte tiefen Eindruck. Die Unzufriedenheit gegen diejenigen, die die Verständigung der Verhandlungen veranlassen, macht sich immer mehr. Die optimistische Aussage des Obersten Houze, daß Ende dieser Woche die Bedingungen fertig sein könnten, erweist sich als stark übertrieben. Durch die neuesten Ereignisse sind die Verhandlungen derart schwierig geworden, daß ein Ende fast nicht mehr abzusehen ist.

Vor einem Jahre, als die Niederlage im Felde noch drohte, war die Lage tatsächlich besser. Jetzt hat sich alles verkehrt. Statt Arbeit gibt es Streiks. Viele Demobilisierte feiern, Erzeugung und Transport fehlen. Jetzt kommen noch die besonderen Probleme der Konferenz dazu, die gleichfalls immer neue Schwierigkeiten aufweisen. Besonders Italien und Frankreich bringen lokale Veränderungen, Italien durch die Tatsache, daß es sich in seine Forderungen einläßt, daß kein Sonderfrieden mit Deutschland, sondern ein allgemeiner Friede geschlossen werden muß. Auch Frankreich befreit die Konferenz fortwährend, indem es jedesmal, nachdem ein Antrag erledigt wurde, wieder eine neue Forderung stellt, die in neuer Form die alte Forderung wiederholt.

Es geht ein herintraditionelles, bisher aber unbefriedigendes Gerücht, daß Clemenceau im Laufe dieser Woche in Moskau die Verhältnisse dort, weil Frankreich ohne das linke Schicksal Gebiet sich nicht sicher genug fühlt und sogar die Bestimmung eines Pufferstaates für ungenügend hält.

Die Entente schweigt . . .

Auf die Anfrage des Reichsministers Erzberger in Paris, ob es richtig sei, daß man den Deutschen nicht gestatten werde, über den Friedensvertragsentwurf zu diskutieren, bis eine Weltkonferenz eingetroffen. Es ist nunmehr noch nichts an die Verantwortung dieser Anfrage von Berlin aus erinnert worden.

Hauptfrieden nicht vorrückt

Nach Erklärungen des Obersten Houze handelt es sich bei dem der deutschen Abordnung in Versailles zu unterzeichnenden Friedensvertrag nicht um einen Präliminatifrieden, sondern um einen Hauptfrieden.

Asquith, Präsident des Völkerbundes?

Londoner Blätter veröffentlichen Pariser Meldungen, wonach die Ansicht bestehen soll, dem früheren englischen Minister Asquith die Präsidentschaft des Völkerbundes anzubieten. Die Stellung ist mit einem Jahresgehalt von 25.000 Franc (?) verbunden.

Eine Beratung der Mittelmächte.

Die „Revue“ meldet, daß in der laufenden Woche, wahrscheinlich am Mittwoch, in der Schweiz eine Zusammenkunft der Minister des Auswärtigen von Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei stattfinden würde. Nach dem gleichen Blatt hat der frühere Minister Solj, der kürzlich in Bern weilte, mit zwei Vertretern der englischen Regierung dort hochwichtige Besprechungen gehabt.

Die inneren Schwierigkeiten in England.

Die Meldungen über die Lage in England lassen erwarten, daß die Verwirrung ein Jahr höheres Maß er-

reicht hat. So wurde die Meldung über eine Einigung zwischen Regierung und Eisenbahnen widerrufen. Aus einem Bericht des „Times“-Korrespondenten für Arbeiterfragen geht hervor, daß der Konflikt noch keineswegs beigelegt ist, daß die Lage vielmehr anfängt, sich sehr ernst zu gestalten. Besonders ungenügend liegen die Verhältnisse im Transportgewerbe. Trotz weitgehender Zugeländnisse ist hier mit den Arbeitern noch keine Einigung erzielt worden. Vielmehr sind in sämtlichen englischen Häfen bereits Teilstriks der Hafenarbeiter ausgebrochen.

Verstaatlichung der englischen Eisenbahnen.

Rotterdam, 25. März. (Eig. Drahtber.) Der Korrespondent der „Times“ meldet aus London: Ich glaube zu wissen, daß im Laufe der Unterredung zwischen Lord George und Thomas in Paris der erste Entwurf, die britische Regierung sei geneigt, die Eisenbahnen zu verstaatlichen. Diese Vorlage würde in kürzester Frist dem Parlament unterbreitet werden.

ES werden Unruhen befürchtet.

Der täglich erwartete Generalstreik in England nimmt bereits das ganze öffentliche Leben in Beschlag. Die Eisenbahnen sind bereits in die Hände der Regierung übergeben worden. Die Arbeiter werden von bolschewistischen Elementen sehr in Verführung gebracht, noch russischem Muster bei Gelegenheit des Streiks zu plündern. In mehreren Städten will man deshalb alle Häfen und Wasserstraßen schließen. In London treten englische und amerikanische Truppen ein.

Ein Erfolg der Regierungsmassnahmen?

In einem Kommentar der englischen Presse über die Lage unter der Bergarbeiterschaft wird der große Erfolg der Regierungsmassnahmen hervorgehoben. Der Rohlenunternehmensausblick habe ganze Arbeit geleistet. Dieser Erfolg der Regierungspolitik beweise, daß Freiheit und Gerechtigkeit auch ohne kommunalistische Umwälzung in der Welt zu ihrem Rechte gelangen.

Über eine Million Arbeitslose in England.

Wie die „Times“ melden, hat die Zahl der Arbeitslosen in England jetzt eine Million überschritten. Unter diesen Arbeitslosen befinden sich 200.000 demobilisierte Soldaten. Seit November 1918, wo die Zahl der Arbeitslosen 7000 betrug, liegt sie durchschnittlich bei 66.000 Mann pro Woche.

Näherer Friede der Schiffe für die Lage.

Haag, 24. März. (Eig. Drahtber.) Zur Arbeiterbewegung in England schreibt die „Times“: Wenn die Regierung alle Forderungen der Arbeiter bewilligte, würde sie in ihrer schiefen Form nicht mehr vorankommen sein. Wenn die Regierung jedoch nicht in gewissen Maße nachgibt, wird der Generalstreik unvermeidlich. Das Land würde eine Erschütterung erleiden, von der es sich nach der Schwärze durch den Krieg nicht leicht erholen würde. In den nächsten Tagen erwartet England eine Reihe ernstlicher Gefahren, nur durch einen Mittelweg der Wahrung der Schiffsahrt vermieden werden. Ein rasches diplomatisches Ende der Schwierigkeiten ist für die Lösung der innerpolitischen Probleme der verschiedenen Staaten.

Bolschewikentum in Frankreich.

Wie der „Tolln Telegraph“ aus Paris erfährt, kamen kürzlich zwei geheime russische Schiffe in London unter schiedlichen und hässlicher Bezeichnung an. Die Schiffe empfangen beachtliche Besatzungen der Bolschewiken in Großbritannien. Besatzungen waren an Bord der Schiffe als Soldaten verkleidet. Die beiden Folgegehe wurden daher sofort beschlagnahmt.

Generalstreik in Padua.

Wafel, 24. März. (Eig. Drahtber.) Wie aus Mailand berichtet wird, ist in Padua der Generalstreik ausgebrochen, weil die Arbeiterlisten auf die Forderungen der Gewerkschaften erklären, die Verhältnisse der Roubieren über die Arbeiterbewegung in Paris abwarten und sich an diesen Beschluß halten zu wollen.

Der Achtstundentag in Italien.

Wafel, 25. März. (Eig. Drahtber.) Wie aus Mailand berichtet wird, ist in der römischen Industrie der Achtstundentag einstimmig worden.

Russische Wandlungen und deutsche Irrungen.

In den Verichten aus dem bolschewistischen Russland fällt die Umwälzung immer mehr und mehr auf, die seit längerer Zeit, seit dem Beginn der bolschewistischen Revolution gegen das westliche Europa, die russische Kräfte durchgemacht hat. Das sind keine zusammengehörigen Phänomene, noch ohne Ordnung und Licht, sondern ein lang gedauerter Herd von vorzüglicher Wurzeln, in dem die Liniere, zunächst aus der alten zaristischen Kräfte, eine freige Diktatur und eine unumchränkte Verfassungsgewalt handhaben, mit hundert Garantien dieser Gewalt als sich das Recht zu legitimieren, mit einer großen Kräfte, wenn es notwendig, terroristischen Justiz. Der bolschewistische Staat scheint die produktiven Fähigkeiten, die er noch aus dem Zusammenbruch geerbt hat, auf die Ausrottung, alle Autorität, die er für sich noch geltend machen konnte, auf die Diktatur dieses Heeres verwendet und in eine Verantwortlichkeit nach innen und nach außen zustande gebracht zu haben, deren man ihn nicht für fähig gehalten hätte.

Der russische Wirtschaft scheint neuerdings eine ähnliche Umwälzung bevorzusehen. Man weiß, wie der bolschewistische Terror sie vollständig geschlossen und zugrunde gerichtet hat, wie der Arbeiter, der „Rückgang“ — und jeder geistige Arbeiter — als ein Individuum — beseitigt geworden ist, unter der Diktatur der Industrie auf einen kleinen Bruchteil der früheren herabgekommen waren und der ganze wirtschaftliche Fortschritt völliger Lähmung und Erläuterung verfallen schien. Neuerdings scheint hier ebenfalls eine Veränderung Platz zu greifen, mindestens in die Wege geleitet zu werden. Man erinnert das aus einer Schrift von Lenin über „Die nächsten Aufgaben der Sowjet-Richt“ und einer ihr angehängten Resolution des Hauptkomitees der Arbeiter, Soldaten, Bauern und Arbeiter-Deputierten. Es handelt sich um die Arbeit, ebenso wie mit dem Heere, Bildung und Diktatur hatten verlegt die Leistungen waren minimale gemorden, so daß die Wirtschaft überall stockt. Das hat für Lenin, der offenbar noch nicht bloß der unerschütterliche Theoretiker ist, für den man ihn hielt, genügt, um es auch hier mit einer durchgreifenden Umwälzung zu versuchen. Er spricht in seiner Schrift von der Notwendigkeit einer längeren Überlegungszeit, die dazu dienen müsse, mit der Steigerung der Arbeitsleistung in den Betrieben die Wirtschaft neu zu beleben. Er fordert freige Diktatur in den Betrieben, ganz im Gegensatz zu der bisherigen Diktatur, und hohe Gehälter für die Arbeiterführer, während bisher jeder Bruchteil mit der denkbar geringsten Entlohnung abgefunden wurde. Während bisher die Arbeiter die unumchränkten Herren der Betriebe waren, fordert, so sagt Lenin wieder, heute dieselbe Revolution, und zwar im Interesse des Sozialismus, die wissenschaftliche Unterordnung der Massen unter den einheitlichen Willen der Leiter des Arbeitsprozesses. Lenin geht aber noch weiter. Er verlangt, daß man in Hinblick auf die Anklagen und den Unterricht des Arbeiterkampfes, seine systematische Bildung und Anordnung annehmen müsse, also zu der denkbar höchsten Ausnutzung der Arbeitskraft des Arbeiters übergehen, was bisher nur bei einem auf die Spitze getriebenen Kapitalistischen System denkbar war, und er fordert die Wiedererrichtung des Arbeiterbundes, gegen den sich bisher der erbitterte Widerstand der gesamten internationalen Arbeiterchaft in der ganzen Welt erhob, hat, sowie eine Annullierung der Wölfe an die allgemeinen Arbeiterverbände der Welt. Schließlich wird auch ein neues Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Gewerkschaften angedacht, ein vermehrtes Mitbestimmen und die Zulassung ausländischer Kapitalisten in gewissen Grenzen angedacht. Der Streik ist vollständig, und über Sozialdemokratie und Bolschewismus mündet die russische Wirtschaft in das alte kapitalistische System, und zwar in seiner äußersten und schärfsten Ausprägung, wieder ein.

Wir wollen in diesem Augenblick nichts als die Tatsache feststellen. Wir wollen keine Schlussfolgerungen auf Deutschland ziehen. Es ist möglich, daß die Sozialisierung in Deutschland, wenn sie sich von dem bolschewistischen Terror und seiner blühenden Fortwärtigung freiläßt, wird bestimmten Arbeitsgruppen gehen braucht und daß gewisse unter diesen Gruppen, die ein vermehrtes Mitbestimmen des Arbeiters an seinen Betrieben und der Arbeiterchaft an dem ganzen Wirtschaftsprozess herbeiführen sollen, werden können, als sich dies in Russland als möglich erwiesen hat. Aber das russische Beispiel ist auf alle Fälle eine Warnung zur Besonnenheit und eine Befruchtung der alten Wahrheit, die Rausch gleich zu Beginn der Revolution verdrängte, daß man das Pferd nicht beim Schwanz anzufassen soll. Geht es so weiter wie bisher mit der tollen Forderung auf Weltüberlichkeit der Arbeiterchaft und mit der Verantwortlichkeit der Regierung gegen diese Forderung, so können wir wahrscheinlich die nächsten Jahre in Stadien des russischen Zusammenbruchs durchzumachen haben.

ten soll, besteht bereits Einzelne. Das Aufnahmestadium werden auch eine weitere Meldung Späher aus dem Reichsministerium Straßmann erhalten.

Bergierung der Verfassungsberatungen.

In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß der Zeitpunkt der Erörterung der Verfassungsberatung nicht zu denken ist. Vorläufig wird die Verhandlungsbereitung bis in den Herbst in Weimar bleiben und vorläufig nicht nach Berlin überföhren.

Anerkennung der deutschen Republik durch die Schweiz.

Der schweizerische Bundespräsident Mör hat das Schreiben des Reichspräsidenten Ebert, in dem dieser sich seine Weisheit und seinen Einschnitt ausgesagt hatte, mit einem warm geschriebenen Dankbrief beantwortet. Damit hat die Schweiz als erster auswärtiger Staat die neue Reichsregierung förmlich anerkannt.

Die künftige Reichsmarine.

Der Nationalversammlung wurde der Entwurf eines Gesetzes über die Bildung einer vorläufigen Reichsmarine zur Verfügung überreicht. Nach dem Entwurf ist der Reichspräsident ermächtigt, die bestehenden Formationen der bisherigen Kriegsmarine aufzulösen und eine vorläufige Reichsmarine zu bilden, die bis zur Schaffung der neuen Kriegsmarine zu ordnenen Wehrmacht die deutschen Küsten sichern, Sicherheit gewährleisten, die ungeklärte Ausübung der Fischerei gewährleisten, und im Verein mit der Reichswehr den Anordnungen der Reichsregierung Gehorsam verschafft. Die vorläufige Reichsmarine soll aus dem Reichswehrpersonal und durch Anwerbung bereits bestehender Freiwilligenverbände und durch Anwerbung von Freiwilligen gebildet werden.

Reichsminister Götze übernimmt die Geschäfte des Reichspräsidenten.

Der Reichsminister Götze hat die Geschäfte des Reichspräsidenten übernommen.

Die preussisch-brandenburgische Militärkonvention.

Nach einer Mitteilung eines Brandenburger Blattes sollte, wie wir gestern melde, der Reichswehrminister der brandenburgischen Regierung zugestanden haben, daß die Auflösung der preussisch-brandenburgischen Militärkonvention als vollzogen angesehen sei. Diese Nachricht ist, wie wir von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, unzutreffend. Die Regierung hat sich zum Einverständnis der Konvention trotz der jüngst erfolgten brandenburgischen Ausrufung nicht bereit.

Neue Sozialversicherungsstellen.

Am Montag wird der sozialdemokratische Parteivorstand, wie man annimmt, die Abgeordneten Gernus, Müller und Meis zu Stellvertretern der beiden Parteivorständen Ebert und Scheidemann wählen.

Die Bedingungen der Unabhängigen zur Mitarbeit in der preussischen Regierung.

In ihrer Antwort auf die Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion der preussischen Landtagsversammlung, ob sie bereit seien in das preussische Ministerium einzutreten, betonen die Unabhängigen, daß sie im Voraus die Aufhebung des Belagerungszustandes und die sofortige Freilassung aller politischen Inhaftierten fordern. Weiter sind verlangt: 1. Einordnung des Militärpflichtigen in die Verfassung, einschließliche Minderjährigkeit bei der Gesetzgebung, der Staats- und Gesundheitsverwaltung und in den Behörden; 2. die völlige Auflösung des alten Heeres und die durch die Freiwilligenkorps gebildeten Selbstwehren, Entlohnung des Bürgerarms, Errichtung einer Volkswache aus den Reihen der Klassenwehren Arbeiterwehr, Selbstverwaltung der Volkswache, Wahl der Führer durch die Mannschaften, Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit; 3. Sicherung aller durch die Revolution erlangten politischen Freiheiten; 4. Trennung von Staat und Kirche; Verwirklichung der Schule, sofortige Einführung der Einheitswähle; 5. Vermeidung aller Verschwendung, die des kapitalistischen Wirtschaftens stützen; 6. sofortige Inangriffnahme der durchgehenden Sozialisierung, sofortige Verbesserung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft in eine sozialistische.

Man haben wirs schwerer auf mich! Die Antwort der Mehrheitsfraktion auf die mehrfachen Forderungen ist naturgemäß die Ausschüttung der Unabhängigen.

Vollversammlung der Berliner K. und S. K.

In Berlin tagte vorgestern unter dem Vorsitz von Paul Rens die Vollversammlung der Großberliner K. und S. K., um über die Wahlen zum Reichstages zu verhandeln. Dabei kam es zu wilden Zuspinnungen. Schließlich kam es vornehmlich infolge einer Art Brandrede, als man schließlich eine Resolution über die Frage der vom Zentralrat angeordneten Bewachung gefaßt zu haben glaubte. Wenn die Mehrheitsfraktion dem Standpunkt der Unabhängigen und Kommunisten auf halbem Wege entgegenkommen, wird der neue Konflikt, der hier im Frage war, als ein Kompromiß mit dem Verstande lassen. Die Versammlung wurde bis Mittwoch vormittag vertagt.

Wie durch M. S. W. weiter berichtet wird, ist es lehrreich wahrhaftig, die für kommenden Sonntag angesetzten Wahlen zu den Arbeiterräten für die Randteile Berlins-Borsdorf-Charlottenburg und Niederspandau in so kurzer Zeit vorzubereiten und durchzuführen. Inwiefern ist die Wahl und für die Wahl Berlin gegenstandslos geworden.

Bewaffnung der bayrischen Bauern?

Die Frage der Bewaffnung bayrischer Bauern beschäftigt viele Kreise des laichen Landes in Bayern. Die Reichsregierung des bayrischen Bauernvereins verlangt Marschall darüber, ob den Bauern Waffen abgegeben werden, oder ob die Regierung selbst die Waffen abgeben, die in letzter Zeit mehreren räuberischen und erschreckenden Verbrechen der Bauernhöfe durch gewalttätige Geheul zu verdanken. Die unterschiedlichen Bauernvereine verlangen die Aufstellung von Bauernwehren.

Glimmer gegen bei Erzberger'scher Rede.

Bei Erzberger's Rede im Berliner Sportpalast kam es am Sonntag wiederholt zu Zwischenfällen. Als der Redner erklärte, daß Deutschland einen mit der Annahme von Danzig, Westpreußen und Teilen Ostpreußens belasteten Frieden nie und nimmer annehmen würde, wird ein Zwischenfall: Die Lichter sind aber mit Feuer von Hunderten und Tausenden angezündet. Erzberger muß innehalten und schrei laut: Ich weiß nicht, was meine Erklärung in Zusammenhang mit dem kommunistischen Deutschland ist! Ich habe keine unverständlichen Rechte an keine nationale Einheit nicht tauben. Erneute härmliche Zwischenfälle: Wie sieht es mit Polen? Wir wollen endlich über Polen reden: Eine Stimme ruft: Er schwört, sehen Sie, da haben wir die Geschichte. Wie wieder viele andere Erzberger: Es war das, was ich schreie, denn wir sind an die von Wilson angebotene Formierung alten, deutschen Land und deutsches Gebiet kam uns etwas weniger mißfallen werden. (Zurufe: Über Polen — warum ist verflucht?) Im weiteren Verlauf seiner Rede sprach Erzberger noch: Wenn man heute früh wieder von 200 Millionen Angehörige...

mäßig hoch (Zurufe: Was ist das, was man sagen, es ist völlig gleich, 200 oder 5000 Millionen). Wenn soll ich doch keine Lösung angeben: freiwillig wird das deutsche Volk Entschädigung der Entente nicht leisten. Dann sollen sie sehen, wie sie diese Gelder bei uns holen. (Ermöglichte Beifall.) Vorheriger Zuhörer Straßmann: Sie Herr oder Namen darf ich den Reichsminister Erzberger den Dank aussprechen. (Erzoge Juchz: Nein, nein, noch lange nicht!)

Baldige Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen.

Dem „Magd. Gen.-Mag.“ wird von der deutschen Waffenstillstandskommission mitgeteilt, daß die Nachricht, wonach 200 000 deutsche Kriegsgefangene für die Wiederherstellungsarbeiten in Nordfrankreich verwendet werden sollen, falsch ist. Die Rückkehr von 4000 schwerverwundeten und franken Kriegsgefangenen (2000 aus England und 2000 aus Frankreich) ist von Nordfrankreich zurückgeführt worden. Nach dem Waffenstillstandsvertrag sollen die Kriegsgefangenen bis zum Friedensschluß zurückgegeben werden. Es kann sich daher schrittweise falls um eine Zeit von vier bis sechs Wochen handeln.

Am den Grenzen des Reiches.

Dresdener in Gelas.

Wie von zuverlässiger Seite verlautet, ist die Lage in Ostpreußen im Augenblick nicht sehr zufriedenstellend. Durch die großen Erfolge der Weißrussen in der Ukraine und bei Tarkelien ist zu befürchten, daß die große Streife im Baltikum sehr bedeutende Verstärkung erhalten wird. Die Weißrussengefahr für Ostpreußen wächst von Woche zu Woche.

Dauernder Bruch des Waffenstillstandes durch die Polen.

Von allen Seiten der polenischen Front sind Polizeivorfälle und kleine Angriffe der Polen zu berichten. Die Entsendung weiterer Truppen ist daher äußerst erdrückend, von allem im Reichsamtlich üblich. Schmelzungen, Brandstiftungen, gegen die sich die polenischen Behörden gesendet haben. Am nächsten Tag wurde von zwei zu den Polen entworfenen Partisanen der eine nach Lieberitz bei der Grenze getötet, der andere verwundet.

Ein deutsch-litauisches Abkommen?

Von zuverlässiger Seite wird mitunter Berliner Vertreter berichtet: Zwischen dem deutschen und litauischen Ministerium überleben ungenügende Verhandlungen über ein Abkommen, das die Verteilung Litauens gegen die Weißrussen zum Zweck hat. Bisher ist es noch nicht gelungen, das Abkommen zustande zu bringen. Doch es angenommen, daß beide Mächte nicht übereinstimmen, daß deutsche Truppen in Litauen nur dem Zweck gegen die weißen Litauer zu entsenden. Ein solches Abkommen ist jedoch eine Abzweigung kein und sich in die ungenügende Verhandlungen Litauens nicht einmischen dürfen. Ein Abkommen bringt man auf Verteilung des Litauens, da das Land immer länger durch die Weißrussen besetzt wird.

Hindenburg's Gruß an die Danziger.

In einer Verlesung des preussischen Volkstages für Westpreußen in Danzig, überreichte ein Vertreter des Danziger Volkstages, der sich im Großen Hauptquartier aufhalten hat, einen besonderen Gruß des Reichspräsidenten v. Hindenburg, der mit den Worten klang: „Hindenburg auspreisen, das ist des Gebet der Stunde.“

Wohnigkeit über die Polenfrage in Paris.

Aus Paris wird gemeldet, daß es bei den Beratungen über die Polenfrage zu erregten Auseinandersetzungen zwischen Wilson, Lloyd George und Clemenceau kam. Clemenceau forderte sofortige Ergreifung von Maßnahmen in Polen und die Entsendung von Truppen über Danzig ohne Rücksicht auf den Widerstand und eventuellen Widerstand der Deutschen. Wilson und ihm Lloyd George wollten verständig abwarten.

Deutsches Gold für Lebensmittel.

In Rotterdam traf ein gestern zwei Eisenbahnwaggons ein mit 50 Millionen Reichsmark in Gold von der deutschen Reichsregierung, die als Zahlung für die Deutschland zu liefernden Lebensmittel dienen sollen.

Das deutsche Eigentum in Amerika.

Auf Veranlassung der deutschen Regierung hat sich die amerikanische Regierung bereit erklärt, daß der Vermächtnisbesitzer Eigentums keine neuen Maßnahmen gegen fremdliche Privatbesitzer in den Vereinigten Staaten ergreift. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird die Vermögensgegenstände deutscher Untertanen wahrscheinlich wieder gestatten, nachdem in Paris der Vorfall abgeschlossen sein wird.

Amerikaner gegen Wilson.

Eine Gruppe führender amerikanischen Politiker hat beschlossen, den Forderung gegen den Völkerbundplan Wilsons unter Einwirkung eines eigenen Komitees nach Europa zurück in Paris bei der Friedenskonferenz zu führen. In dieser Gruppe gehören nicht nur bekannt republikanische, sondern auch demokratische Senatoren. In mehreren Abteilungen stehen unabhängigen politischen Kreisen Amerikas erfüllt man sieht die Ansicht, daß der Senat den Völkerbundplan, einzeln welcher Form er ist, auf jeden Fall ablehnen werde. Die Grundlagen des Völkerbundes sollen nach dem Wunsch Wilsons sogar schon im Vorfrühen entstehen sein, ohne daß beide Bestimmungen über die Stellung Deutschlands zum Völkerbunde getroffen werden. Eine deutsche Partei fordert nach dem Abschluß seiner amerikanischen Kreis kundert eine zeitliche Abzweigung. Eine neue Kampagne gegen Deutschland, die gegenwärtig an englischer Seite geführt wurde — es wurde namentlich nachdrücklich verurteilt, daß die Ermächtigungsermächtigung in Deutschland bei weitem nicht so schlimm sind, wie gelehrt wird, — ist ein Befehl für die unveränderte Politik der Entente (lies: Englands), die Hungerblockade noch möglicht lang aufrechtzuerhalten.

Aus Stadt und Umgebung

In einer Besprechung der Merseburger Vereinsvereine, die am Sonntag vormittag im „Ständehaus“ stattfand, wurde gegen die Einräumung der Reichsministerien durch die Behörden, wonach sich überhaupt kein Vernehmen der Vereine mehr nach...

mann einen einzigen erweisen. Wer wissen soll sich zum Zweck... (Text continues with details of a meeting or event, mentioning names like Wilson and various political positions.)

Abbau der Frauenarbeit bei den Behörden.

Auf die Forderungen des Bundes Frauenrat in Deutschland... (Text discusses the impact of women's work on the economy and government administration.)

Es gibt bald wieder Kales.

Die deutsche Metallindustrie rechnet damit, in nächster Zeit... (Text reports on the state of the metal industry and its expectations for the future.)

Aus Kreis und Nachbarreisen.

Stobach, 25. März. Mehrere bayerische Landräte... (Text contains local news from Stobach, including reports on local events and administrative matters.)

Aus Provinz und Reich

Stettin, 25. März. Bei dem Vorzuge ein... (Text provides news from Stettin and other provincial areas, including reports on local news and national events.)

Generalfreie in Berlin.

Frankfurt a. M., 24. März. Generalfreie... (Text reports on the activities of the 'Generalfreie' group in Berlin.)

70 Kinder in Tode gezeichnet.

Stettin, 24. März. Die katholische... (Text reports on a tragedy involving 70 children in Stettin.)

Stettin, 24. März. Die katholische...

Stettin, 24. März. Die katholische... (Text continues with news from Stettin, including reports on local events and administrative matters.)

Wettervorhersage

Mittwoch, den 26. März. Feinlich heiter, vorwiegend trocken, Nachfröhen, tagelänger mild.

Sekte Deytschen

Frankreichs Gerichtsverfuge.

Leipzig, 25. März. (Eig. Dautler.) Im... (Text reports on a legal case in Leipzig involving a 'Sekte Deytschen' and a court decision.)

Generalfreie in Berlin.

Rosenburg, 25. März. (Eig. Dautler.) Wie... (Text reports on the activities of the 'Generalfreie' group in Berlin.)

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.



Bezugs-Aufforderung

Ein Volk, das sich selbst regieren will, muß in allen seinen Teilen an den öffentlichen Angelegenheiten regen Anteil nehmen. Es muß die Interessen des eigenen Volkstums kennen und verstehen, muß sich der Pflicht bewußt sein, diese Interessen zu wahren und zu verteidigen gegen äußere und innere Feinde. Das ganze Volk muß zusammenstehen zum Schutze seiner Arbeit und darf sich das Recht zur Arbeit, das mit dem Recht zum Leben völlig gleichbedeutend ist, von keiner veralteten Minderheit verkirchlichen lassen. Ordnung und Unterordnung, Eigentum, Recht und Religion, alle die Mittel von Arbeit und Recht, ohne welche kein Volk und kein Staat bestehen kann, müssen geschützt und gefördert werden, damit das deutsche Volk nicht zugrunde geht und die ungelungenen Prüfungen, die für die Arbeit verfertiger Idealisten, eingeleitet durch fremdbildliche Kritik, ihm auferlegt haben, bestehen und schließlich überwunden kann. Hierfür tritt das

**Merseburger
Tageblatt (Kreisblatt)**

ein. Darum las jeder das Merseburger Tageblatt, das ohne Sonderberechnungen einzelner Klassen Platz zu geben, befreit ist, der Allgemeinheit, dem Vaterlande zu dienen.

Ein guter Nachbardienst, belehrende und unterhaltende Beiträge in großer Mannigfaltigkeit, treffliche spannende Romane, ein sorgsam redigierter sozialer und kommunaler Teil bieten den Lesern des M. T. alles, was sie von einer guten Tages- und Heimatzeitung erwarten können.

Darum bestelle man das

Merseburger Tageblatt

best bei der Post oder der Geschäftsstelle für das neue Quartal

**Werbe an jeder Geschäftsstelle
warm für unsere Zeitung,**

werden immer weitere Verbreitung für die Vertretung der Interessen aller Ordnungselemente im höchsten Bezirke von größter Bedeutung ist.

Der Bezugspreis beträgt 3.30 Mark für Vierteljahr (1.10 Mark monatlich). Abonnenten zahlen für freie Zustellung ins Haus monatlich 14 Pf. mehr. Retirier in Kreisorten mit eigener Zustellung zahlen 1.20 Mark monatlich frei Haus. Die weitere enorme Steigerung der Papierpreise, höhere und noch eine Erhöhung des Bezugspreises leider unvermeidlich.

Anzeigen

haben im Merseburger Tageblatt, das von den intelligenten Bürgerkreisen bevorzugt wird, stets sehr gute Wirkung. Auch durch Anzeigen von Anzeigen wird die Wirkung des Wortes wirksam gefördert. Die laufende Neuankündigung schmerzt nur auf kleine Anzeigen. Die den Haushalt oder die Familie des Besitzers betreffen, voll in Geltung.

Die Geschäftsstelle

Merseburg : : : : Hölzerstraße 4.

Scheinjustiz der Entente.

Nach neueren Aufhebungen der Entente-Propaganda die Unmöglichkeit einer strafrechtlichen Verurteilung des deutschen Kaisers eingeleitet zu haben. Sie geben zu, daß eine Rechtsgrundlage weder für ein solches Vergehen noch für einen Auslieferungsantrag an die Siegerlande vorhanden ist.

Dagegen lehnt man sich namentlich in den Entente-Kreisen führende Männer des ehemaligen deutschen Reiches als Opfer ausgesprochen zu haben. Aber der Rechtsboden für eine Anklage gegen Krupp, Ludendorff u. a. ist nicht minder schwankend, der ganze Plan vom geschichtlichen Standpunkt ebenso unerheblich wie der gegen den Kaiser. Denn wenn der Kaiser Staats- und völkerverrätterlich übernahm, unmittelbar ist, so sind die deutschen Staatsmänner und Seerührer nur dem deutschen Volke und dem deutschen Strafrichter verantwortlich. Was außen hält für die Handlungen der Reichs- und Herrschaftler nur das Volk als Ganzes, und es braucht überhaupt nicht den einzigen wirklich zuständigen Richter für seine Handlungen nicht zu schauen, sondern der Geschichte. Denn ungeachtet ist das Beweismaterial dafür, daß unsere Verträge gegen das geltende Völkerrecht verstoßen sind gegenüber denen unserer Feinde und daß das, was wir getan haben, von den Verfehlungen Einzelner abgelehnt, immer mittelbar oder unmittelbar herangezogen ist durch die völkerrechtlichen Handlungen unserer Feinde, von denen hier nur die Siegerlande, die Sieger, die Bedrückung der Neutralen anzufragen ist.

Und dann, um nicht bei der neuen Zeit zu bleiben, was hat Beweis zur Rechtfertigung gegeben wegen der unwilligen Festsetzung der Preis? Wo blieb das Urteil über Lord Curzon und seine von den eigenen Parlamenten gebrauchten Urteilen in Indien? Welches Gericht hat die finsternen Verbrechen britischer Generale und Admirale aus den beiden Kriegen gegen die Vereinigten Staaten abgeurteilt? Wo blieb die Sühne für das mitten im Frieden überfallene Kopenhagen? Wo sind die zahllosen Leber- und Milbernagen und Rechtsbrüche geblieben, die die ungeliebten Marschälle und Generale in ganz Europa begangen haben?

Wer hat die Urheber der Ausrottung zur Verantwortung gezogen? Vor welches Gericht hat die Massenmörder von Camburman gestellt werden? Galtten denn dem Giftsturz vorgeschlagenen Kriegesgericht nicht auch die Urheber der entsetzten Gräueltat überantwortet werden, die sich während des Weltkrieges in der ganzen Welt über unzählige Frauen und Kinder, über Gefangene und Verwundete ereignet haben, oder diejenigen, die sich durch Verbrechen an den Zivilisten und Verbrechen gegen die Menschlichkeit hervorgetan haben? Wo bleibt das Strafgericht über die Paronen-Männer und ihre Hinterleute?

Wir Deutschen haben in wirklich unvorstellbarem internationalen Strafgericht für Völkerverbrechen nicht zu ihnen sondern nur zu wünschen, denn wir waren infolge unserer unglücklichen Geschichte fast immer die Leidtragenden bei allen Verbrechen der Völkerverbrechen dieser Erde. Wäre der Völkerverbrecher durch Aufklärung eines detaillierten Gerichts eines Denkmal setzen, wäre er aber auch seinen Völkern die Wunde offen alle Provinz ohne Ausnahme der Völkerverbrechen, wie in jedem Staat zu sehen. Unsere deutschen Völkerverbrecher, das sind wir selber, erheben es Hauptes und mit blankem Ehrenschiff den Saal verlassen.

Ein Ausnahmegericht für Einzeln, willkürlich herausgeriffene Männer, deren Strafmaß darin besteht, daß sie im Kampf gegen eine Anzahl von Feinden Lebermord begangen geleistet haben, wird nie und nimmer, weder von uns Deutschen, noch von weltlichen Völkern, noch endlich von der Geschichte als eine Sühne verzeihlicher Verbrechen, sondern lediglich als ein Instrument der Unterdrückung und der Gewalt angesehen werden.

**Politische Rundschau
Deutsches Reich**

Das Haupt der evangelischen Kirche in Preußen.

Der Oberhirt der evangelischen Kirche in Preußen war bisher der Pfarrer der Krone. In der Vorterritorialzeit hatte die Regierung eine Kampfschlacht nicht vorgezogen. Im Verlaufe der Regierung eine Kampfschlacht nicht vorgezogen. Im Verlaufe der neuen Bestimmung eingeleitet worden, die allgemein vorübergehend. Die Bestimmung, die nach den Gezeiten und Verordnungen dem König zuliege, über bis auf weiteres die Staatsregierung aus. Gegen die Anwendung dieser Bestimmung auf die Ausübung des landesberühmten Kirchenregiments wurde von den kirchlichen Kreisen Widerspruch erhoben. Auf Grund eines Antrags der kirchlichen demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei ist die Angelegenheit in der Vorterritorialzeit hinsichtlich dahin geteilt worden, daß die kirchlichen Kreise die Bestimmung des Königs bis zum Erlass der Kirchenverfassung auf einen von der Staatsregierung zu bestimmenden Staatsminister evangelischen Glaubens übergeben.

Jene Studenten im Großen Hauptquartier.

In einer allgemeinen Jener Studentenversammlung, in der zur eventuellen Schließung der Universität und des Eintritts in die Freiwilligenformationen der Universität genommen wurde, wurde nach heftigen Reden, in denen die Bedeutung der Universität als Abordnung der Jener Studenten zur Reichsregierung und in das Große Hauptquartier zu entstehen, um ein eigenes Institut über die Lage zu erhalten. Ein weitreichender Antrag, sich gegen eine Schließung der Universität auszusprechen, wurde abgelehnt.

Bernsteins Abschied.

Georg Bernstein, der bekanntlich aus der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ausgetreten ist, veröffentlicht im "Vorwärts" und in der "Freiheit" ein Abschiedswort zu der Unabhängigen Sozialdemokratie. Er legt darin dar, daß die Spaltung der Partei bekämpft und nur als vorübergehende Maßnahme mitgemacht hat. Er wendet bemerksenswert ist die Förderung eines Voranges in der russischen Politik, die gleichzeitig die Fäden aufweist, die zwischen den Sozialisten und den Unabhängigen zu langem Bekannten Bernstein verläuft.

Am 2. März 1919 fand in Berlin in den Räumen der Reichsregierung ein Verabschiedungsgespräch statt, an dem Mitglieder dieser und anderer Parteien der Unabhängigen Sozialdemokratie teilnahmen, zu dem auch ich geladen war. Man erörterte unter anderem die Gründe weshalb die Unabhängige Sozialdemokratie nicht in eine politische Partei übergehen sollte. Die Unabhängigen sind verurteilt, und in der Debatte darüber äußerte Georg Bernstein die Ansicht, die Partei sei lieber aus, als anders zu sein. Man erörterte, als die Unabhängigen verurteilt sind, die Unabhängigen nicht in eine politische Partei übergehen sollte. Es ist ein Verabschiedungswort, wie er meinte, die Unabhängigen nicht in eine politische Partei übergehen sollte. Es ist ein Verabschiedungswort, wie er meinte, die Unabhängigen nicht in eine politische Partei übergehen sollte. Es ist ein Verabschiedungswort, wie er meinte, die Unabhängigen nicht in eine politische Partei übergehen sollte.

Am zweiten Teil seiner Ausführungen unterteilt Bernstein die Politik der Unabhängigen einer liberalen Kritik. Sie kommt lediglich den Glaubens- und Glaubens-Elementen zu Gute, die vom allgemeinen Volk die Bestimmung ihrer Politik, die Bestimmung ihrer Bestimmung.

Dassels Verhaftung

Humorist. Berliner Roman von Friedrich Sey.

78) (Was er da verurteilt).

"Guten Tag, Herr Schmidt!" rief sie ihn an.
"Demerose, er, Knachen, was willst du denn?"

Die Frage ging her vor ihm offenbar nicht angenehm. Schon seine Art, "Demerose" nicht nicht, mein schönes Kind, und groß nicht nicht unter den Händen. Noch weniger aber war er erregt, als ein Herr auf ihn zurecht, sich seine als Schumann legitimiere und ihn hat, mit auf die Straße zu kommen, denn — verfluchte Geschichte! — er hatte keine Briefe, was mit der Erkennungsmarke zu Hause liegen lassen. Er war etwas zu spät angekommen, weil er etwas zu früh am Morgen heimgekommen war. Es half alles nichts, er mußte mit dem Schumann in die oberste Wohnung fahren, die im Landenjournel lag. Papa war still er laut fragte ihn im Ministerium, Mama und Schwester erkannten ihn zwar sofort als den Jungen an, als den Herrn Juch, der er am Ende von — nein, den Namen sagten wir nicht — die Polizei gab die Erkennungsmarke, selbst eine hat nie erfahren, zu welcher vernehmer Familie sie in freundhaftige Beziehungen getreten war. Aber dann, plötzlich dumm war die Sache doch, denn Mama und Schwester waren alle eingeschleppt und drohten bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit mit Mitteilung an den alten Herrn. Aber als Geuner war er nicht entlarvt worden.

Somit war auch die hoffnungsvolle Fahrt im Sande verlaufen, und es waren nur negative Resultate gewonnen, nämlich, daß eine ihren Aufwachen von jetzt ab viel veränderte, daß in der Nähe Aufregung, Entrüstung und große Bekehrung herrichten und daß alle am ersten Anzeichen, Hilfe brachte jedoch durch freundliches Zureden, durch einen ganzen Schwarm von Ehrenerkennungen und eine Spende von je sechs Mark aus ihrem Lagergeld es glücklicherweise wieder aufnahmen.

Nach in Vommern war nichts zu erreichen. Man hatte die ganze Verwandtschaft Johannes, alle nur erdenklichen Freunde, Bekannte, in Schwärmen ermittelt und ausgefragt. Nicht die geringste Beziehung mit dem Sanftbildlichen ließ sich nachweisen. Der Kriminalrat, der das Verbot durchgesetzt, der Amtsdiener, der es auf die Post gebracht, der Postbote, der es in Empfang genommen, alle verdächtigt, auf Dienst, von der Entlassung des...

Jahre nichts zu wissen und gegen niemanden von der Vernehmung Erwähnung gemacht zu haben. Das Gleiche haben andere in Frage kommende Postbeamten protokolliert, einschließlich des Briefträgers, der sie in Strauß bestellt hatte.

Das Rätsel blieb ungelöst. Max Lange wurde immer betretener, so oft Papa Dassel nach dem Stande der Angelegenheit fragte. Zu spät bei Hilfe, man möge sie doch gar nicht erwähnen. Ihr lieber Max könne vor Gram noch ganz krank werden; sicher sei, daß er nicht mehr so heilich und gesund sei wie sonst.

Max ärgerte sich in der Zeit für sich. Denn alle Nachforschungen im Inn- und Auslande waren vergeblich. Er war selbst nach Amsterdam gefahren, hatte mit den holländischen Kriminalbeamten gearbeitet, die Postämter aller in Betracht kommenden Provinz und Schiffe überprüft, keine Spur von Johanne. Der Mann war und blieb verdammt.

Es war für Max nur ein schauder Trost, daß Hilfe jetzt erhielt: "Max hat ganz recht gehabt, er sagte damals ja gleich, die Praxis lehre uns Möglichkeiten: entweder ist es ein Mann fürchterlich dumm, und ungeschickt und liefert sich dadurch selbst in kurzer Zeit aus, oder er ist intelligent genug, seine im Beruf gesammelten Erfahrungen zu verwerten. Dann wird er schwer zu fangen sein. Johanne gehörte daher ganz offenbar zu den Schlaraffen."

Nun hatte man zwar Johannes Willenien bei dem Gemeinderat, den Herrn Mustat, alias Dr. Eppstein, wohlwollend im Untersuchungsgefängnis sitzen. Der Untersuchungsrichter gab sich die größte Mühe etwas Inbegriff auf Johanne herauszubekommen und ein Gehändnis in der Sache Dassel zu erlangen. Aber der Russe blieb hartnäckig dabei, von nichts weiter zu wissen, als daß der Kriminalbeamte ihm das Verstecken gemacht habe, bei der Verhaftung des Wiener Banktäubers Rubner und der Frau Arakawitsch Hilfe zu leisten.

Er habe auf Johannes Gehört unter dem Namen Eppstein die Wohnung gemietet, die jener am nächsten Tage verlassen wollte. Johanne habe ihm gesagt, dieser Rubner sei ein sehr gefährlicher Mensch. Wenn er ihn gleich verhaften wollte, würde der Leichen oder Gift nehmen, dann aber sei die ausgelegte Befehlsung von 5000 Kronen auf die Einfrierung des Verdächtigen in Wien verloren. Er wolle ihn daher unter einem andern Namen und wegen eines andern, solchen Vergehens freilassen und ihn auffordern, mit zu dem Erleider der angeführten Strafe zu kommen, um mit diesem konfrontiert zu werden. Dadurch solle der Verdächtige in der Hoffnung erlassen werden, daß eine Verhaftung vorliege und er bald wieder erlassen würde. Mustat sollte erklären, den Herrn nicht zu kennen. Als dann wurde Johanne erklärt, den Herrn nicht zu kennen.

Wenn, alsdann wurde Johanne daran leicht überlassen, zur vollen Entschädigung des Verdächtigen mit Geld zu kommen — und dann wäre Rubner gegangen. Sonst habe ihn Johanne nicht weiter interessiert, jedoch ihm nur befehlen, er solle auf alle Fragen der Behörden immer mit Ja oder Nein antworten und sich keinen Überlegungen unbedingt fügen. Das habe er getan, in besten Gläubigen von der Welt.

"Quack! Quack!" rief der Untersuchungsrichter. "Das wollen Sie geglaubt haben?"

"Will ich verweigern auf der Stelle, wenn ich nicht geglaubt habe dem Herrn Johanne, dem künftigen Schumann, den ich kenne."

"Schild! Aber wie kommt es denn, daß der Johanne mit Ihnen zusammen fortgegangen ist, und nicht mit dem angeführten Rubner, einem so schmerzlichen Verdächtigen? Ist Ihnen denn nicht aufgefallen, daß er den Untersuchungsrichter in der Redeform juristisch? Na, hüben Sie sich mal darüber!"

Nichts ist ihm aufgefallen. Bei der Herr Johanne muß befehlen mit ihm hinausgehen, daß ich ihm gehorcht. Als wir dranhin waren, hat mir Johanne gesagt, er ist der Rubner. Und letzte Geschichte, die Frau Arakawitsch, ist bei ihm und hat das genaueste Geld verpackt im Koffer und eingehängt unter die Hüften. Gleich werde ich fahren per Auto nach der Reiterstraße, um zu holen drei Mann. Sig. Sig. — Mustat, kommen Sie morgen früh 11 Uhr zu dem Herrn Mustat, da werden Sie befehlen die Sache, die fünfzig Mark. Und da war er schon weg, war er verschwunden, der Herr Johanne!"

"Sagen Sie mal an, Der Johanne hat Ihnen also gesagt, er wolle den Rubner und die — na, wie soll die Dame heißen — Johanne —"

"Arakawitsch! Herr Kommissar!"

"Wichtig, Arakawitsch, in eine Falle laufen. Nun hat aber der Johanne gar nicht wissen können und auch gar nicht daran gedacht, daß der Herr Mustat Dassel Ihren Namen auf der Fahrt zu Ihnen begleiten würde. Wie kam er da schon vorher zu Ihnen, von einer weiblichen Person gesprochen haben. Mustat überlegen Sie sich das mal!"

Mustat überlegte wirklich. Und dann sagte er ganz frei und zuversichtlich: "Sie haben recht Herr Kriminal, das stimmt. Der Johanne hat mir jetzt gesagt von der Geliebten, als wir draußen waren auf der Straße. Vorher hat er mir nichts gesagt."

(Fortsetzung folgt)

Eine englische Stimme gegen französische Raubgelehrte.

Der „Manch. Guard.“ schreibt: Man weiß, daß Frankreich ein kleines, aber zweifellos reiches Gebiet zu amtierenden Wohlstand: Das Sozial mit seinen Beulengruben, und daß es außerdem die jähige Arbeitslosigkeit, welche in Deutschland zu kennen ist, wodurch sie wirtschaftlich von Frankreich abhängig würde. Der erste Schritt kann nur erfüllt werden, wenn man ausschließlich mit dem Grundsatz des Selbstbesitzes dringt, das heißt, daß keine Beförderung groß oder klein, von einer Macht an eine andere, um Willens Ausdruck zu gebrauchen, „wie Vieh“ übertragen werden kann. Wohl kann man sagen, daß die Bevölkerung klein ist, aber es gilt eine Prinzipienfrage, und die ist nicht klein. Bezüglich der Arbeitslosigkeit ist die Frage wichtiger. Dort handelt es sich um ein großes und billiges Arbeitsgebiet mit bekannten Schäden wie Ruhr, Cholera, Typhus, Diphtherie und Keuchhusten, von denen man nicht zu reden. Wollte man dieses Gebiet mit Macht oder unter irgendeiner mehr oder weniger berechtigt erscheinenden Form von Deutschland trennen, so würde man genau dieselben Schäden in Deutschland erwecken, die fall ein halbes Jahrhundert in Frankreich bezüglich Wohlstand geübt haben. Als Mitglied des Reichstages kann England umgeben davon einsehen, die Demoralisierung solcher Erwerbungen zu garantieren; das ist nun unmöglich, als wenn Amerika mit seiner traditionellen Unfaß, sich in europäische Angelegenheiten zu mischen, sie garantieren wollte. Was Frankreich von Deutschland (und was Italien von seinem Nachbar) nehmen würden, müßten sie selbst verdienen, und zwar mit den allen Mitteln. Alle aufrechten Freunde dieser beiden Länder müssen wünschen, daß es einen so schicksalshenrecher gefast vermeiden werden.

Aus Stadt und Umgebung

Was gibt es an Lebensmitteln?

Für die Woche vom 31. März bis 6. April werden auf den Kopf der Bevölkerung angezählt: 1 Pfd. Rohfleisch zu 10 Pf., 1 Pf. Zwiebeln zu 20 Pf., 1 Pf. Kartoffeln zu 25 Pf., 1/2 Pf. Erbsen zu 25 Pf., 1/2 Pf. Bohnen zu 50 Pf., Weizengröße (42-46). Die Bezugspreise sind ausgeben am Mittwoch, den 28. und Donnerstag, den 27. d. Mts., der Verkauf der Ware erfolgt von Donnerstag, den 2. bis Sonnabend, den 5. April gegen Abgabe der Duntungsabschnitte.

Rechtliche und Reichsangelegenheiten

findet am Mittwoch bei Möblius, Liefer Keller 1, vorm. von 9-11 Uhr, und bei Hoffmann, Wehl 6, nachm. von 2-4 Uhr statt. (Ordnungsnummern 1. Angeleg.)

Reiche Seefische.

Vom Mittwoch ab wird an die Inhaber der Lebensmittelhefte 4801-8400 gegen Abgabe von Besagthein und Duntung Nr. 49 auf den Kopf des Haushaltes 1/2 Pfund frische Seefische ausgegeben. Die Verkaufsstellen sind aus der Bekanntmachung im Anzeigenteil ersichtlich.

Seeringe.

Am Donnerstag, den 27. d. Mts., erfolgt auf Bezugsheft und Duntung Nr. 47 die Ausgabe von je einem Seering auf den Kopf der Bevölkerung zum Preise von 50 Pf. Die Ausgabe erfolgt in denselben Stellen, in denen die Warmelabe abholen ist.

Strompreishöhung.

Auf eine in Aussicht stehende Strompreishöhung weist den Mitgliedern in einer Bekanntmachung im Anzeigenteil der heutigen Nummer Nr. Zeitpunkt des Zutritts und Maß der Erhöhung werden noch bekannt gegeben.

Ausgabe von Lebensmitteln.

Für die Zeit vom 31. März bis 6. April 1919 werden auf den Kopf der Bevölkerung angezählt: 1 Pf. Rohfleisch zu 10 Pf., 1 Pf. Zwiebeln zu 20 Pf., 1 Pf. Kartoffeln zu 25 Pf., 1/2 Pf. Erbsen zu 25 Pf., 1/2 Pf. Bohnen zu 50 Pf., Weizengröße (42-46). Die Bezugspreise sind ausgeben am Mittwoch, den 28. März und Donnerstag, den 27. März 1919. Einreichung der Forderungsbüchlein durch die Verkaufsstellen bis spätestens Freitag, den 28. März 1919, mittags 12 Uhr.

Verkauf der Ware von Donnerstag, den 3. April bis einschließlich Sonnabend, den 5. April 1919 gegen Abgabe der Duntungsabschnitte.

Merseburg, den 28. März 1919.

L. A. II. 802/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Ausgabe von frischen Seefischen

auf Bezugsheft und Duntung 99 der Lebensmittelhefte Nr. 48.1-8400.

Vom Mittwoch, den 26. März 1919 ab

werden an die Inhaber der Lebensmittelhefte Nr. 48.1-8400 in den Verkaufsstellen:
Eckert, Markt 23,
Wolff, Postamt 16,
Rietz, 1. Ritterstraße 8,
Nimmermann, Zur Krone 20,
Gottum, Vanthelstraße 18,
Schubert, Unteraltenburg 10,
Steuer, Neumarkt 48,
Meyer, Schmalstraße 15,
gegen gleichzeitige Abgabe von Bezugsheft und Duntung Nr. 99 auf den Kopf des Haushaltes 1/2 Pfund frische Seefische ausgegeben.

Die Verkaufspreise für die einzelnen Sorten Seefische sind in den Verkaufsstellen zu jedermanns Einsicht offen auszubringen.

Einreichung der eingewonnenen Besagthein und Duntungsabschnitte durch die Verkaufsstellen am Freitag, den 27. März 1919 (14h) an die städtische Lebensmittelverwaltung, gr. Ritterstraße 5.

Merseburg, den 24. März 1919.

L. A. II. 801/19. Das städt. Lebensmittelamt.

Ausgabe von Seringen

auf Bezugsheft und Duntung Nr. 47 des Lebensmittelheftes am Donnerstag, den 27. März 1919.

Die Ausgabe erfolgt in denselben Stellen, in denen für die laufende Woche die Warmelabe am Duntung 49 abholen ist. Wegen gleichzeitiger Abgabe des bezugsheftes und Duntungsabschnittes Nr. 47 werden auf den Kopf der Bevölkerung je 1 Sering zum Preise von 50 Pf. angezählt.

Die Verkaufsstellen sind in der eingewonnenen Besagthein und Duntungen Nr. 47 am Montag, den 31. März 1919 früh an die städtische Lebensmittelverwaltung, gr. Ritterstraße 5 abzugeben.

Merseburg, den 25. März 1919.

L. A. II. 802/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Futtermittel für Rindvieh.

Der Rindviehfuttermittelverein Merseburg gibt am Mittwoch, den 26. d. Mts., von nachm. 2 Uhr ab Bürgergarten 9 an seine Mitglieder Futtermittel ab.

Niederlagen der Unabhängigen.

Die Arbeiterratschläge in der Provinz Sachsen am Sonntag brachten durchwegs Beschlüsse für die unabhängigen Sozialdemokraten. In Dessau erhielten die Unabhängigen 16, die Mehrheitssozialisten 7 und die Bürgerliche 7 Wähler, während vorher fast ausschließlich die Unabhängigen gewählt wurden. In Magdeburg wurden 5 Demokraten, 2 Deutschlandische und 13 vereingete Sozialisten gewählt. Die Wahl wird ausgedeutet, da die Unabhängigen die Industrielle Kleinrentner, die Arbeiter und Kleinrentner willkürlich mischt haben. In Dessau war nur eine Liste aufgestellt, die aus dem Reichstag, dem Reichsrat, dem Reichsausschuss, 3 Reichstagssozialisten und 1 Unabhängigen gewähl. Auch dort befehligen bisher die Unabhängigen den Arbeiter. In Eisenach erhielten die Beamten 12 Sitze, das Zentrum 2, die Demokraten 4 und die Mehrheitssozialisten 2 Sitze. Die Unabhängigen beteiligten sich nicht an der Wahl, da sie sich für ungenügend hielten. Aus ähnlichen Gründen unterließ in Heilbad die Wahl überhaupt. In Weitzenburg wurden 4 Demokraten, 9 Reichstagssozialisten und 22 Unabhängige gewählt, in Könnern 8 Unabhängige, 3 Bürgerliche und 1 Reichstagssozialist. Auch hier hatten die Unabhängigen mit viel größerem Gewinn gewonnen.

Zur Saatkartenfrage.

Für die Herbstbestellung wurden teils der bei der Landwirtschaftskammer eingehenden Saatkartenliste rund 37000 Saatkarten ausgefertigt. Diese Zahl war Ende Februar für die Frühjahrbestellung schon um mehr als das Doppelte überholt. Trotz dieses erheblichen Anwachses der Zahl erledigte sich die Arbeit verhältnismäßig schnell. Waren im Herbst die Klagen über die lange Zeit, die zwischen Kartenausstellung und Saatkartenausgabe verstrich, ziemlich häufig, Klagen für welche die Saatkartenausgabe die Schuld nicht traf, so lagen nun das Ende Februar solche überhaupt nicht vor. Kommen werden sie jedoch voraussichtlich jetzt. Da bei von vorherigen gelagt, daß seit dem 26. Februar die Abendung von Saatkarten nicht möglich war infolge Stodens des ganzen Verkehrs bei Post und Eisenbahn. Die sehr große Zahl von Saatkartenausgaben, die am 26. Februar früh zur Abendung bereit lagen, und ebenso in den nächsten Tagen nach Ankommen der fertigen Karte und Patre müßten leider hier liegen bleiben bis zum 7. März, also über eine volle Woche. Erst an diesem Tage nahm die Post wieder die betr. Einzelsendungen an. Mit einer gleichen Verzögerung haben alle diejenigen Kartagänger zu rechnen, die ihre Saatkartenausgabe in den letzten Tagen vor dem 26. Februar und in den folgenden Tagen abgaben. Sie konnten den Weg nach Halle nicht ungehindert zurücklegen, sondern blieben irgendwo liegen. Die ersten bezüglichen Klagen gingen hier auch erst in recht geringer Zahl am Nachmittag des 6. März ein, etwas mehr am 7. März, und dann am 8. März, in der Samstags- und in Sonntagmorgenzeit vom 9. bis 12. März. So sind z. B. am Nachmittag des 8. März 10 größere Sendungen einer und derselben Preisformel zusammen eingegangen, deren Hälfte von 19. Februar datierte, während die anderen an den folgenden Tagen bis zum 7. März angelegt waren. Unter diesen Umständen sind zum Teil also jetzt schon für die Bearbeitung bis zu 14 Tagen verloren gegangen. Eine etwas längere als sonst nötige Zeit wird der Kartenausgabe im Hinblick auf den jetzt längeren letzten Vorgang der in 10 Tagen bei der Post angekommenen Anträge gelassen werden müssen. Wir bitten deshalb freundlichst (schreibt die Landwirtschaftskammer in Halle) umgeduldig zu werden, sondern den jetzigen Verhältnissen Rechnung zu tragen, und sich dessen überzeugt zu sein.

Rechtliche und Reichsangelegenheiten

findet am 26. März 1919 bei Möblius, Liefer Keller Nr. 1, vorm. von 9-11 Uhr auf die Ordnungsnummern 2801-2406 und 10-11, und bei Hoffmann, Wehl Nr. 6, nachm. von 2-3 Uhr auf die Ordnungsnummern 2601-2800 und 3-4. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.

Merseburg, den 25. März 1919.

L. A. II. 796/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Strompreise.

Eine Verordnung der Reichsregierung über die schiedsgerichtliche Erhöhung von Preisen bei der Vorkierung von elektrischer Arbeit, was und Leistungsanforder vom 1. Februar 1919 bestimmt folgendes:

1. Wer auf Grund von Abmachungen, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung abgeschlossen sind, zur Vorkierung von elektrischer Arbeit, Gas oder Leistungsanforder verpflichtet ist, kann Abänderung der Abmachung insbesondere Erhöhung der Preispreise, verlangen, wenn und inwieweit infolge der Preisverhältnisse die Höhe der Leistungen seit der Zeit der letzten Preisvereinbarung so geworden ist, daß das Annehmen der Anwendung der Vertrags eine unbillige Kaufmannschaft nicht voraussetzen war, und daß während der Zeit der Vorkierung des Vertriebes dem Vorkäufer nicht zugemutet werden kann.
 2. Unter den gleichen Voraussetzungen kann die Abänderung von Abmachungen verlangt werden, durch die der Vorkäufer gegenüber einem Dritten an die Einhaltung gewisser Preisgrenzen in Verbindung mit dem Abschluß verbunden ist.
- Die Überlandzentrale Saalkreis-Bezirk, an deren Streben die Stadt Merseburg angegliedert ist, hat demnach dem Magistrat mitgeteilt, daß das künftige Recht auf Grund der genannten Verordnung eine Erhöhung der Strompreise vorsehen und so die Überlandzentrale zwingen werde, der Stadt Merseburg gegenüber auch eine Erhöhung des Strompreises einzutreten zu lassen.
- Der Magistrat wird auch für das städtische Elektrizitätswerk die Notwendigkeit einer Strompreishöhung in entsprechendem Umfang nicht umgehen werden können.
- Zeitpunkt des Zutritts und Maß der Erhöhung werden sich demnach bekannt gegeben werden.
- Wir machen nur heute die Angelegenheit elektrischer Arbeit auf die in Aussicht stehende Erhöhung hierdurch aufmerksam.

Merseburg, den 29. März 1919.

VIII 104/9. Der Magistrat.

Parkettböden fertig verlegt
Parkettwachs empfiehlt
Gustav Colditz jun., Parkettfabrik, Auerbach i. B.

...den, daß hier bei der Kammer die Arbeit nach Möglichkeit zu beschleunigt wird, um alle Randwerte zu erfüllen zu lassen.

Im Hinblick hierauf ist nach folgende Punkte hingewiesen: Es ist häufig mit den Saatkartenausgaben die Ausstellung von Saatkarten beantragt für Pflanzenstoffe, Reis, Getreide, Getreide, Futtermittel, Spiritus und ähnliche Erzeugnisse.

Wegen des Bezuges von Pflanzenstoffen muß eine Besonderebestimmung vom Landratsamt erlassen werden, wegen der Leistung hat man sich zu wenden an den Direktor der nachgelagerten landwirtschaftlichen Winterkulture; für Getreide, Reis, Spiritus, und ähnliche Erzeugnisse kommt der zuständige Kommissionär des Reichsausschusses für Getreide und Getreide in Frage, für die übrigen Erzeugnisse ist eine Saatkarte überhaupt nicht erforderlich.

Eine solche kommt nur in Frage bei der Frühjahrbestellung für Sommerweizen, Sommerroggen, Hafer, Sommergerste, Mais, Erbsen, Bohnen, Lupinen, Rüben, Saatkartoffeln, Kumpen, Buchweizen und Hirse. Wegen der höchstzulässigen Auslastungen sei auf die tabellarische Liste in Nr. 7 der „Landwirtschaftlichen Wochenblätter“ vom 15. Februar d. J. verwiesen. Hierbei sei noch besonders betont, daß Erbsen zur Auslastung für Grünfütterung nicht angefordert werden dürfen. Als Kistenpreise kommen für Grünfütterung nur 20 Pf. in Frage.

Sehr wenig vollständig fanden fast alle Anträge auf Sämlingsausgabe für Gemüsebau im Garten. Pflanzenangaben fehlen zu meist ganz oder sie sind recht allgemein gehalten. Und doch ist sich hier am allerleichtesten durch einfaches Ausfragen die Größe der Beete feststellen. Wurde bisher, so es sich nicht um offensichtlich zu hohe Saatmengen handelte, von diesem Mangel in Anträgen abgesehen im Interesse der schnellen Erledigung, so kann solche Mängel jetzt nicht mehr zugelassen werden. Unvollständige Anträge halten die Arbeit unnötig auf. Je vollständiger die Anträge ausgefüllt sind, desto schneller kann an die Befreiung der Saatkarten gearbeitet werden. Solche Unvollständigkeiten, besonders hinsichtlich der Pflanzenangaben für jede einzelne Frucht, also für Erb- und Bohnen, getreide, ist auch schon deshalb erforderlich, weil augenblicklich über das tatsächliche erforderliche Maß von Saatgut bei vielen Gartenbesitzern Unklarheiten bestehen, die noch dadurch vermehrt sind, daß eine Reihe von Samenbestellungen in ihren Vertragsbedingungen gleich eingekauft haben: Ausnahmen 2 kg je a (100 an). Dieses Maß trifft nur zu für den selbständigen Anbau von Erb- und Bohnen, nicht aber für den Anbau in Gemeinschaften im Garten. Hier genügen für 100 an höchstens 1 1/2 kg Erbsen, 1 kg Erbsen oder Bohnen, 2 1/2 kg Erbsen. Auf die Zurechnung dieser Ausnahmen muß gehalten werden im Hinblick auf den Mangel an Sämlingsfrüchten und auch im Interesse der Gerechtigkeit der Saatgutbesitzer.

Aus Provinz und Reich

Verhandlungen unter Hochdruck.

Halle, 25. März. Zwei Väter der hiesigen Arbeiterbewegung sind es gelungen, den in der Vorwoche Merseburg geschlossenen Preis- und Lohnverträgen zu ermitteln und zu erhalten. Ferner konnten drei weitere Verträge in ihrer Macht zusammengekommen werden. Alle drei haben die Mitbestimmung zu Halle sich die Wirtschaft des Monats beizubehalten, so tritt die ganze Arbeiterbewegung in ein einheitliches Bild. Auch ist nämlich nicht kommunal und vor bis vor kurzem, wie es heißt, Mitglied der Ortsgruppe des Sozialdemokratischen Bundes. Die Ermittlungen zur Erreichung des Oberbestandes in Halle werden bisher nicht erfolgreich, als geschickte mehrere der Wirtschaftlichen Angelegenheiten in den Verhandlungen konnten. Der Hauptstreik verläuft deshalb ein wenig zu helle.

Magdeburgisches Pionier-Bataillon 4.
Freiwillige!
Pioniere, Schenker und Minenwerker — mer gefast, daß er sich nicht nur er, ohne Land r Erbauert verhalten, der Verdiensten des deutschen Reiches und des Heimatlandes zu jeder Zeit an jedem Ort seine ganze Kraft widmen, die vom Volk einseitig geachtet und geliebt und seinen Sorgenleiden überlassen werden will, der in der hies. Einleitung von 1000 Mann und Mannschaften aller Jahrgänge, die mindestens 6 Monate Dienstzeit hatten, sofort.
Bedingungen sind die bekannten Bedingungen für Freiwillige.
Melbung beim Pionier-Bataillon Nr. 4 Magdeburg, Fremdenverkehrsamt oder beim zuständigen Bezirkskommando.

So sehen die neuen Männer der Nationalversammlung aus!
Das ist ihr Lebenslauf
Das sind die gesetzlichen Grundlagen ihrer Tätigkeit und ihre Aufgaben!
Dies zeigt:
Die Nationalversammlung in Wort und Bild.
Preis Mk. 1,20.
Inhalt: Bilder u. Lebensläufe der 41 Abgeordneten, Parteiergebnisse, Wahlverhältnisse, Wahlverfahren, Verfassungsentwürfe mit föderaltem Einleit., Stimmenzahl, farbige Wahlkreisarte.
Zu beziehen durch die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ausgekämmtes Damenhaar empfielt gute Ware
laut Hochachtung
Alfred Kluge, Installationsgeschäft, Markt 8, Wobnstraße 8.
Glühstrümpfe empfielt gute Ware
C. Höser
Inhaltungsamt, Markt 8, Telefon 622.